

Polykrisen und die Notwendigkeit zur Transformation

Zeitenwende ohne Transformationspfade?

„Zeitenwende: Wird diesmal alles anders?“, so fragte das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) 2020 mit Blick auf die Herausforderungen der Coronakrise auf seiner Jahrestagung. Heute muss festgestellt werden, dass der Begriff ubiquitär genutzt wird, dass aber die erforderlichen Transformationspfade nicht entwickelt werden.

Von Ulrich Petschow, Florian Kern und David Hofmann

Die Coronakrise, der Russland-Ukraine-Krieg und die globalen Klima- und Biodiversitätskrisen zeichnen sich auch dadurch aus, dass sich die Sinnhorizonte verändern und zugleich die (politischen) Handlungsgrundlagen. Allerdings hat sich in der Folge der Pandemie letztlich das „alte“ Normal im Sinne eines *bounce-back* stabilisiert. Mit den weiteren (Poly-)Krisen werden jedoch alte Gewissheiten (etwa im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg: „Wandel durch Annäherung“) umfassend infrage gestellt.

Entscheidend für Zeitenwenden dürfte sein, dass sich die fundamentalen Bewertungskriterien durch ihre Ausrufung verändern. Dies geschieht in der Regel nicht abrupt und plötzlich, sondern bereitet sich „untergründig“ vor, indem sich die grundlegenden Auffassungen verändern. Petschow (2023) hat etwa auf aktuelle Diskurse um die Kritik der Aufklärung verwiesen und Bezüge zu dem analytischen Ansatz der *sustainability transitions* hergestellt. Dabei hat er insbesondere auf die Relevanz der *landscape* des Multilevel-Ansatzes hingewiesen. Dieser stellt, um es mit Gabriel et al. (2022) zu sagen, die Grundlagen des jeweiligen „Herrschaftsschemas“ dar, das den selbstzerstörerischen Umgang mit der Natur und die gesellschaftlichen (Macht-)Verhältnisse prägt. Im Kontext einer echten sozial-ökologischen Zeitenwende müssen die bestehenden Werte und Bewertungen delegitimiert und die darauf basierende Politik als Politik- oder gar Gesellschaftsversagen charakterisiert werden.

Die fehlende Umwertung betrifft besonders die Merkel-Jahre in der deutschen Politik. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands muss konstatiert werden, dass weder der Wirtschaft noch Gesellschaft allein den Anforderungen der Gegenwart genügen, wofür beispielhaft die nicht hinrei-

chend realisierte Energiewende steht. Deren Basis, nämlich die „Übergangsenergie“ billiges russisches Gas, ist verloren gegangen, und mit dem Ukraine-Krieg und den damit verbundenen Energiepreissteigerungen ist das exportorientierte „Geschäftsmodell“ ernsthaft herausgefordert. Zugleich sind das Ende der Hyperglobalisierung (Rodrik 2011) und Prozesse der partiellen Deglobalisierung auch aufgrund der Neuausrufung der Systemkonkurrenz zu beobachten.

Die Aufnahme Chinas in die WTO hatte einerseits weitreichende ökonomische und politische Wirkungen in den USA, etwa den Verlust von industrieller Produktion; andererseits hat sie den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und damit eine Neuorientierung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen wesentlich ermöglicht. China ist mittlerweile ein zentraler Wettbewerber im Bereich der fortgeschrittenen – auch grünen – Technologien. Wichtige deutsche Unternehmen wie BASF oder VW sind elementar vom chinesischen „Wachstumsmarkt“ abhängig und zugleich von der Potenz der dortigen Unternehmen, etwa im Bereich der E-Mobilität, bedroht. Knapp zusammengefasst sind zentrale Wirtschaftszweige wie die chemische Industrie, die Automobilindustrie und der Maschinenbau herausgefordert; damit ist zugleich das Geschäftsmodell Deutschland infrage gestellt.

Die deutsche Industriestrategie benennt die wesentlichen Herausforderungen, verlängert aber die bestehenden industriepolitischen Zugänge unter dem Aspekt der zu erreichenden Klimaneutralität und verfolgt letztlich eine grüne Wachstumsstrategie. Jedoch greift die Strategie zumindest instrumentell (Stichwort: Reallabore) auch vermeintlich alternative Überlegungen auf. Doch wird der Bezug zum Jahreswirtschaftsbericht, besonders zum Kapitel „Wohlfahrtsmessung und gesellschaftlicher Fortschritt“, nicht hergestellt und wichtige Orientierungen und Begriffe wie „Lebensqualität“ oder „soziale Innovationen“ werden nicht erwähnt.

Mithin wird deutlich, dass der technologie-, innovations- und wachstumsorientierte Ansatz weiterhin dominant ist, der Fokus liegt auf grünem Wachstum. Neue Wohlfahrtsmodelle spielen keine wirkliche Rolle. Die Frage stellt sich: Welches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist dauerhaft tragfähig? Und leisten die handlungsorientierten Strategien der Bundesregierung dem Vorschub?

Und hier kommen wesentliche Fragestellungen aus der Postwachstumsdiskussion zum Tragen: Die Einhaltung der planetaren Grenzen, insbesondere Klimawandel und Biodiversität, wird durch Wirtschaftswachstum erschwert und – wie

vielfältige Akteure annehmen – verunmöglicht (vgl. dazu Petschow 2023). Zudem ist die höchst relevante Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum in keiner Weise gelöst. Es scheint unzweifelhaft, dass die Strategien der ökologischen Modernisierung, die mit der Dekarbonisierung des Kapitalstocks bei gleichzeitig hohem Ressourcenverbrauch verbunden sind, zugleich durch weitreichende kulturelle Prozesse zu einer Kultur der Nachhaltigkeit begleitet, um nicht zu sagen eingebettet werden müssen. Die Entwicklung vorsorgeorientierter Entwicklungsstrategien ist dringend erforderlich.

Reallabore und soziale Innovationen sollten systematisch in Suffizienzstrategien eingebettet werden und diese unterstützen. Dies erweist sich aus drei Gründen als erforderlich: Sie sind erstens Resilienzunterstützend angesichts der Polykrisen; sie sind zweitens angezeigt angesichts der „Entschleunigung“ des Wirtschaftswachstums in den entwickelten Industriestaaten und jetzt auch in China (vgl. dazu grundlegend Gordon 2017), und sie erweisen sich drittens als notwendig, um wachstumsunabhängigere gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln, auch zur Einhaltung planetarer Grenzen.

Analytisch und politisch orientierend ist dabei der Ansatz der *sustainability transitions*, der ein Systemverständnis der Transition fördert, der Nischen und Nischenentwicklungen eine wichtige Rolle zuweist und zugleich die Veränderungsprozesse in soziotechnischen Regimen analysiert, und der daraus Erkenntnisse gewinnt, wie Veränderungsprozesse politisch angestoßen und orientiert werden können (Geels et al. 2023). Die angeführten Ansätze der Reallabore und vor allem auch der sozialen Innovationen müssen eingebettet werden in ein gesellschaftliches Ziel- und Indikatorensystem und können damit einen elementaren Bestandteil eines politischen Ansatzes zur Förderung von *sustainability transitions* darstellen (vgl. dazu die Bundesstrategie „Soziale Innovationen“).

Letztlich kommt es darauf an, dass eine robuste Strategie zum Umgang mit den Polykrisen entwickelt wird, die gleichzeitig unterlegt wird mit Handlungsorientierungen zur Verbesserung des gesellschaftlichen Wohlbefindens unter Berücksichtigung elementarer Gerechtigkeitsaspekte. Mithin müssen praktische Strategien entwickelt werden, wie der gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur in die planetaren Grenzen überführt werden kann. Der *sustainability transitions*-Ansatz kann für die Transitionsnotwendigkeiten politisch nutzbar gemacht werden, wie auch eine aktuelle Publikation von Geels, Kern und Clark (2023) aufzeigt. Die Autoren schlagen vor, dass es erstens eine Kombination von Instrumenten braucht, um die notwendigen Veränderungen anzuschieben, zweitens politische Strategien benötigt werden, um die Pfadabhängigkeiten und *capture* durch dominante Akteure zu überwinden (etwa über Entschädigungen oder neue Koalitionen), drittens die Evaluation von Transformationspolitiken nicht im Sinne enger ökonomischer Kriterien erfolgen sollte, sondern auf der Basis ihres Beitrags zur Transformationsdynamik, und es viertens einen politischen Paradigmenwechsel zu einer integrierten Transformationspolitik braucht, die Nachhaltigkeitsaspekte

mit ökonomischen, industrie-, handels-, sicherheits- und wohlfahrtspolitischen Dimensionen eng verknüpft und eine wichtige Rolle des Staates in der Bewältigung der Polykrise sieht.

Die Zeitenwende steht an, allerdings sind die Pfadabhängigkeiten des bestehenden fossilen Systems immens, nicht zuletzt, weil sie elementar auch mit Macht und Interessen verbunden sind: Es geht nicht mehr nur allein um strategische Ansätze, „Neues“ in die Welt zu bringen, sondern vor allem auch darum, „Altes“ aus der Welt zu schaffen (siehe auch Kivimaa/Kern 2016). Die Verhandlungen auf der COP28 in Dubai zeigen noch einmal die immensen Herausforderungen auf – aber eben auch, dass es viele politische Akteure gibt, die den Status quo nicht länger hinnehmen wollen.

Literatur

- Gabriel, Markus et al. (2022): Auf dem Weg zu einer Neuen Aufklärung. Ein Plädoyer für zukunftsorientierte Geisteswissenschaften. Bielefeld, Transcript. DOI: 10.14361/9783839466353
- Geels, F./Kern, F./Clark, W. (2023): Sustainability transitions in consumption-production systems. In: Proceedings of the National Academy of Sciences 120/47: e2310070120. DOI: 10.1073/pnas.2310070120
- Kivimaa, P./Kern, F. (2016): Creative destruction or mere niche support? Innovation policy mixes for sustainability transitions. In: Research Policy 45/1: 205–217. DOI: 10.1016/j.respol.2015.09.008
- Gordon, R. (2017): The Rise and Fall of American Growth: The U. S. Standard of Living Since the Civil War. Princeton University Press. DOI: 10.1515/9781400888955
- Petschow, Ulrich (2023): Ein systemischer Pfadwechsel ist erforderlich. In: Ökologisches Wirtschaften 4/2023: 20–22. DOI: 10.14512/OEW380420
- Rodrik, Dani (2011): Das Globalisierungs-Paradox: Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft. München, C. H. Beck.

AUTOREN + KONTAKT

Ulrich Petschow ist Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Er forscht unter anderem zu Postwachstumsökonomie.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW),
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 176 73500775,
E-Mail: ulrich.petschow@ioew.de

Dr. Florian Kern leitet das Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW),
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-0,
E-Mail: florian.kern@ioew.de

David Hofmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW),
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-0,
E-Mail: david.hofmann@ioew.de

